



Nr. 142. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 24. März 1880.

Deutschland.

Berlin, 23. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Staats- und Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg, den Roten Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub und dem Staats- und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Lucius, den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Rechnungsrath Moritz Schulze bei dem Directorium der Staatsarchive den Charakter als Geheimer Rechnungsrath verliehen.

Der bisherige Kanzlei-Dictator Helbig ist zum Geheimen Kanzlei-Sekretär bei dem Rechnungshofe des Deutschen Reichs ernannt worden.

Berlin, 23. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] hörte heute den Vortrag des Polizei-Präsidenten von Madai, nahm militärische Meldungen entgegen und conferierte mit dem Kriegs-Minister von Kameke, sowie mit dem Chef des Militärcabnets, General-Adjutanten von Albedyll. — Nachmittags gegen 2 Uhr empfing Se. Majestät den Minister des Innern Grafen zu Eulenburg und den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Lucius. — Im Laufe des gestrigen und heutigen Tages verschieden sich die Fürstlichen Gäste von den Kaiserlichen Majestäten.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] begab sich gestern Vormittag um 10 Uhr zur Geburtstagsgratulation zu Sr. Majestät dem Kaiser und nahm an dem Familien-Diner, sowie Abends am Thee bei Ihnen Majestäten Theil. (R. Anz.)

[Militär-Wochenblatt] Pleßner, Sec.-Lieut. vom 1. Posen. Inf.-Regt. Nr. 18, zur Dienstleistung bei der Gewehr- und Munitionsfabrik in Erfurt, v. Fischer-Trennfeld, Sec.-Lt. vom 2. Posen. Inf.-Regt. Nr. 19, zur Dienstleistung bei der Gewehr- und Munitionsfabrik in Danzig vom 1. April c. ab auf 1 Jahr commandirt. v. Ziemer, Gen.-Major und Commandeur der 40. Inf.-Brig., unter Beförderung zum Gen.-Lt., zum Commandeur der 13. Div., Thür. v. Wedmar, Gen.-Major, beauftragt mit der Führung der 11. Div. unter Beförderung zum Gen.-Lt., zum Commandeur dieser Div. ernannt. v. Hartmann, Gen.-Major und Inspecteur der Kriegsschulen, zum Gen.-Lieut. befördert. v. Oppeln-Bronikowski, Gen.-Major von der Armee, zum Commandeur der 40. Inf.-Brig. ernannt.

= Berlin, 23. März. [Bundesrat.] — Die Vorlage über die Reichsstempelabgaben. — Ausführungsbestimmungen zum Tabaksteuergesetz. — Die Frage des Tabaksmonopols. — Prinz Wilhelm. — Bericht der Militär-Kommission. Der Bundesrat wird morgen seine letzte Plenarsitzung vor Ostern abhalten, indessen eine eigentliche Vertagung nicht eintreten lassen, sondern sich nur eine Pause von wenigen Tagen gönnen. In bemerkenswerthen Vorlagen werden eingebrochen: ein Antrag Sachens auf Einführung eines Zolles für den Veredelungsverkehr (vermutlich handelt es sich um einen Retorsionszoll gegen Österreich) und die neue Elbschiffahrts-Akte. Die Vorlage bez. der Reichsstempelabgaben steht noch nicht auf der morgigen Tagesordnung. Die Ausschusserathungen sind gestern in einer mehr als fünfstündigen Sitzung beendet worden; die Vorlage ist aus den Berathungen in sehr erheblich abgeänderte Form und zwar in der neulich bereits angekündigten Richtung hervorgegangen. Man sieht zunächst mit Spannung der Stellung entgegen, welche der Bundesrat gegenüber den Ausschusserathungen einnehmen wird. Es steht fest, daß keine Steuervorlage in der statthabenden Reihe, mit welchen sich der Bundesrat in den letzten Jahren zu beschäftigen hatte, einen so lebhaften Widerspruch gefunden hat, als die in Rede stehende. — Heute haben sich die zustehenden Ausschüsse mit den mehrfach erwähnten Ausführungsbestimmungen zum Tabaksteuergesetz beschäftigt. Auch diese Gelegenheit wird jetzt noch zum Abschluß gebracht, und dies gilt als der sicherste Beweis dafür, daß das Tabaksmonopol aus dem Rahmen der allerdings schwiebenden, sehr eingehenden Erwägungen noch nicht herausgetreten ist. — Noch gestern Abend 10 Uhr ist der Prinz Wilhelm nach England abgereist, von wo er jedoch am 31. d. M. in Potsdam wieder zurückwartet wird. Der Kaiser hat seinem Enkelsohne die Freude machen wollen, daß er seiner Braut, welche bekanntlich mit ihrem Onkel, dem Prinzen Christian von Schleswig-Holstein, augenblicklich in England verweilt, selbst seine Beförderung zum Hauptmann melden sollte. — Der Bericht der Militär-Kommission über die Abänderung des Reichs-Militärsgesetzes wird morgen oder übermorgen erwartet. Aus demselben erhebt unter Anderem, daß seitens der Militärverwaltung zur Vertheidigung der siebenjährigen Dauer der neuen Fixierung darauf hingewiesen wurde, daß eine möglichst gleichmäßige Behandlung dieses Gegenstandes mit dem Militärsgesetz im Interesse der Heeresorganisation erwünscht sei. In Österreich habe man soeben eine Fixierung auf 10 Jahre eintreten lassen, welche sich allerdings auf die Kriegsfähigkeit bezieht, während dort die Friedensstärke durch die Jahressets festgesetzt wird. Diejenige Summe an Mannschaften, welche die nach § 2 zu bildenden Cadres zur Füllung ihrer etatsmäßigen Stärke erfordern, bleibt um etwa 1000 Mann hinter derjenigen Zahl zurück, welche sich als Vermehrung des Friedensräsenzlandes gegenüber dem jegigen aus dem Wortlauten des § 1 der Vorlage ergibt. Nach den Mitteilungen der Militär-Verwaltung bejubelt sich die Differenz, deren eventuelle Absezung von einigen Kommissionsmitgliedern angeregt war, für den Bereich der preußischen Militärverwaltung auf 390 Mann, für Württemberg auf 835 Mann. Jene 390 Mann in Preußen sind jedoch nach den Erklärungen der Vertreter der Militärverwaltung erforderlich, um der Fuzartillerie, welche ihren Kriegsbedarf an Mannschaften bei weitem nicht aufbringen kann, sowie den Landwehr-Bezirks-Commandos die notwendige Verstärkung zuzuführen. In Württemberg sind zur Zeit die Bataillone der Infanterie und Fuzartillerie schwächer formiert, als in der übrigen deutschen Armee, es ist dies seiner Zeit geschahen, um das württembergische Contingent als ein eigenes Armeecorps organisieren zu können. Jene 835 Mann sind bestimmt, diesen Unterschied auszugleichen und den württembergischen Truppen die Einziehung und Ausbildung einer größeren Recruitenquote zu ermöglichen. — Mit Interesse sieht man übrigens der in Aussicht gestellten detaillirten Berechnung der Kosten entgegen, welche durch den Entwurf erwachsen, obwohl die Zahlen nur den Werth eines vorläufigen Ueberschlags haben können.

■ Berlin, 23. März. [Aussichten für die Militärvorlage. — Die orthographische Frage.] Die Militärvorlage wird voraussichtlich in der Gestalt, wie sie aus den Berathungen der Commission hervorgegangen, die Majorität des Reichstages für sich haben. Alle Berechnungen gegnerischer Parteien, welche auf eine Ratio in partes seitens der nationalliberalen Fraction hoffen, verrathen

einen Optimismus, der an den Thatsachen seine Widerlegung finden dürfte. Von Amendements des Centrums verlautet z. B. nichts. Die überraschende Wendung im kirchenpolitischen Kampfe hat augenscheinlich die Taktik der Ultramontanen in Verwirrung gebracht. Sie ziehen es deshalb vor, sich in tiefes Schweigen zu hüllen, eine Kunst, in der es ihnen, bei der vollendeten Disciplin ihrer Partei wie ihrer Presse keine andere Fraction gleich zu thun vermag.

Die Fortschrittspartei wird keine selbstständigen Anträge stellen; dagegen wird der Antrag Ricke auf Herabsetzung der 7jährigen Geltungsdauer des Militärsgesetzes auf fünf Jahre, welcher in der Commission unterlag, im Plenum wiederkehren. Dieses Amendement ist, neben unwesentlicher Modifizierung der Regierungsvorlage, das einzige, dessen Aussichten als relativ günstige betrachtet werden dürfen. Denn es wird nicht nur die Stimmen der Fortschrittspartei und des Centrums auf sich vereinigen, sondern gleichzeitig einen Bruchtheil der Nationalliberalen für sich haben, der vor der Hand ziemlich noch nicht zu constatiren ist. Immerhin ist es aber möglich, daß dieselbe genügt, um im Verein mit jenen beiden Fractionen diesen wichtigen Abänderungsantrag durchzubringen. So würde denn gerade diejenige Bestimmung des Militärsgesetzes, welche bei dem ersten Bekanntwerden desselben den geringsten Widerspruch fand, zum Ausgangspunkt einer nunmehrigen Opposition werden. Die Reichsregierung darf allerdings das Amendement Ricke ablehnen, indessen wird in Kreisen,

die mit derselben Fühlung haben, angenommen, daß das Septennat nichts als conditio sine qua non der Vorlage dargestellt werden soll. — Das Abenteuer, in das der Cultusminister bezüglich der deutschen Rechtschreibung sich mit mehr Kühnheit als Vorsicht gestürzt hat, scheint Consequenzen nach sich ziehen zu sollen, an die er selbst sicher nicht gedacht hat. Die nächstliegende Consequenz, daß nach dem Spruch: „Wer sich in Gefahr begiebt, kommt darin um“, der kühne Cultusminister über seine orthographische Reform stolpern und fallen möchte, ist zwar nicht eingetreten und steht, wie die besten Informationen wiederholt übereinstimmend versichern, überhaupt nicht in Frage. Dagegen tritt die Thatsache immer schärfer hervor, daß der Reichskanzler ein entschiedener Gegner der neuen Orthographie ist und alles Mögliche thut, um die Ausführung einzuschränken und unwirksam zu machen. Nur vermeidet er, die Wege des Herrn von Puttkamer direct zu kreuzen. Von gut unterrichteter Seite wird die Meldung bestätigt, der Reichskanzler habe angeordnet, daß fortan der geschäftliche Verkehr der Reichs-Behörden mit den Bundesstaaten ausschließlich durch seine Vermittelung zu geschehen habe. Diese Anordnung ist auf das connivente Vorgehen des Staatssekretärs des Innern, Hofmann, gegen den preußischen Cultusminister zurückzuführen. Herr Hofmann hatte in Stellvertretung des Reichskanzlers den Bundesstaaten die Einführung der Puttkamer'schen Orthographie empfohlen, und tatsächlich hat Olenburg dieser Empfehlung sofort entsprochen. Damit sich nicht solche Vorgänge in diesem oder in anderen Refforts, gewissermaßen hinter dem Rücken des Reichskanzlers, wiederholen, soll fortan der erforderliche geschäftliche Verkehr durch das Auswärtige Amt und die bei den Bundesstaaten beglaubigten Gesandten bewirkt werden. Was den endlichen Ausgang des Streites über die neue Rechtschreibung betrifft, so kann Niemand darauf gespannter sein, als unsere Schulmänner. Durch die eben ausgegebenen Jahresberichte der höheren Schulen erfährt man auch den Wortlaut der Verfügung, durch welche von Herrn von Puttkamer die Einführung der neuen Orthographie an den Gymnasten vom 1. April ab angeordnet worden ist. Es sind nämlich folgende Anordnungen getroffen worden: 1) Das im Auftrage des Cultusministeriums herausgegebene Regelbuch hat vom Beginn des Schuljahrs 1880/81 an in allen Schulen als Norm für den orthographischen Unterricht und für die in den schriftlichen Arbeiten der Schüler einzuhaltende Orthographie zu dienen. Es ist daher in denselben Klassen der höheren Lehranstalten, zu deren Lehraufgabe der orthographische Unterricht gehört, sowie in den Schullehrer- und Lehrerinnen-Seminaren von dem gedachten Termine an als Schulbuch einzuführen. 2) Alle zur Einführung im Schulunterricht zu beantragenden deutschen Lehrbücher einschließlich der neuen Auslagen der bereits im Gebrauch befindlichen, haben fortan die vorgeschriebene Orthographie einzuhalten. Eine Ausnahme davon machen nur solche Lehrbücher, welche als literarhistorische Hilfsmittel die Schreibweise der betreffenden Zeit grundsätzlich beibehalten. Auch in den anderweitigen Schulbüchern muß die gleiche Orthographie zur Anwendung kommen. Es sollen daher aus den Klassen Sexta, Quinta und Quarta der höheren Schulen binnen fünf Jahren Schulbücher mit abweichender Orthographie beseitigt werden. Nun harrt alle Welt, ob nicht bis zum 31. d. M. also bis morgen über 8 Tage, Controverse kommen wird. Wahrscheinlich ist das freilich nicht.

△ Berlin, 23. März. [Zur Auswanderungsfrage.] Von den verschiedensten Seiten wird gemeldet, daß uns eine ungemeine Steigerung der Auswanderung aus Deutschland nach überseeischen Ländern, namentlich nach Amerika und Australien bevorstehe. Wie immer sind es die kleinen und kleinsten Grundbesitzer, Leute mit mindestens ein paar hundert Thalern Ersparenissen oder ererbtem Vermögen, die in anderen Welttheilen ihr Glück suchen wollen. Neu ist daran nur, daß diesmal das Auswanderungstriebe anscheinend auch die kleinen Grundbesitzer polnischer Jungs aus Posen und Westpreußen ergriffen haben soll, eine überaus sehafte Klasse der Bevölkerung, von der man aber annehmen kann, daß unter ihr — wenn einmal fantastisch Hoffnungen und Erwartungen bei ihr Glauben finden — die Ansiedlung von Hof zu Hof, von Dorf zu Dorf, von Kreis zu Kreis schnell weiter getragen werde. Über die Ursachen der Steigerung der Auswanderungslust würde man nur an der Hand einer die einzelnen landesträthlichen Kreise betreffenden und viele Jahre umfassenden Auswanderungsstatistik ganz Zuverlässigeres behaupten können. Im Allgemeinen aber ist nicht in Abrede zu stellen, daß die Verhältnisse der nordamerikanischen Freistaaten auf Steigerung und Abnahme der deutschen Auswanderung einen weit größeren Einfluß ausüben, als unsere deutschen Verhältnisse. Andererseits ist unmittelbar nach Kriegen, in denen die Möglichkeit der Menschenverluste durch die Militärfreiheit der ganzen Bevölkerung vor Augen geführt werden und eben so, wenn eine Steigerung der Militärfreiheit des Einzelnen geplant und im ganzen Volke besprochen wird, bei der männlichen Bevölkerung, namentlich bei Familien mit noch unerwachsenen Knaben erfahrungsmäßig vielfach Auswanderungslust

erwartet. Folgerichtig läßt sich annehmen, daß Theuerung der Lebensmittel, Beschränkungen der Freizügigkeit, „Dienstbotengesetze“ und Erschwerung der freien Ansiedelung oder Erwerbs eigenen Grund und Bodens zu aller und jeder Zeit bei der ärmeren Bevölkerung die Lust, im Lande zu bleiben, nicht erhöhen werden. Jedenfalls wird eine erhebliche Steigerung der Auswanderung eine Mahnung gegen weitere Reaction sein. Aufsallend und bedauerlich ist, wenn die „Nationalzeitung“ über bevorstehende Uebervölkerung leitartikel und die Auswanderung in den außerdeutschen Osten, in die slavisch-türkischen Donauländer, in die europäische und asiatische Türkei empfiehlt. In Ansehung der „Uebervölkerung“ ist der alte Erfahrungssatz unbestreitbar, daß nicht aus überbevölkerten, sondern aus schwach und zu schwach bevölkerten Landesteilen und Ländern die Auswanderung nach Amerika am stärksten ist. Der alte preußische Regierungssatz, daß es verdienstvoll ist, den preußischen Osten durch Herbeilockung von Einwanderern, von Neuanstiedlern zu bevölkern, sollte doch noch heute Beachtung verdienen. Die schwachen Versuche, die Domänen zu parzelliren behufs Colonisation wurden seiner Zeit vom preußischen Finanzministerium so ungeschickt angefaßt, daß sie schon daran scheiterten mussten. Das landwirtschaftliche Ministerium hat sich unter Friedenthal auf den hannoverschen Abweg verletten lassen, von der Wiedereinführung der Erbacht Erfolge zu hoffen. Die ganze Geschichte der preußischen Colonisationen, der gelungenen und der misslungenen, hätte davon abhalten müssen, auch nur die Möglichkeit der Erbacht ins Auge zu fassen. Einwanderer zieht man nur dann ins Land, wenn man ihnen große Vortheile bietet. Sollte sich die Auswanderung in dem befürchteten Maße steigern, so werden die Domänenparzellirungen wieder auf die Tagesordnung kommen müssen; und nachdem längst ein Rath aus dem landwirtschaftlichen Ministerium in einem Vortrage sich ganz entschieden gegen die Erbacht ausgesprochen hat, ließe sich von diesem Ministerium eine verständige Behandlung der Sache hoffen; — nach der Türkei und Rumänien aber Auswanderer zu locken, sollte in Unbetracht der dortigen Rechtsunsicherheit strafrechtlich verboten werden.

[Zur Verlobung des Prinzen Wilhelm.] Nach der „Nat.-Ztg.“ hat man in den höchsten Kreisen die Absicht, die Verlobung des Prinzen Wilhelm mit der Prinzessin Augusta Victoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg im Mai offiziell zu verkünden. Bis dahin wird die Rückkehr der Frau Kronprinzessin erwartet. Ob zu der feierlichen Verkündigung der Verlobung die Prinzessin-Braut selbst nach Berlin kommen wird, darüber schweben zur Zeit noch die Verhandlungen.

[Keine Revision der Maigesetze in der Nachsession des Landtages.] In der „Nat.-Ztg.“ lesen wir: Wie uns von beachtenswerther Seite mitgetheilt wird, hat die optimistische Auffassung, die sich beim Bekanntwerden des päpstlichen Briefes an Herrn Melchers in dem überwiegenden Theile der deutschen Presse zeigte, in den leitenden Kreisen eine gewisse Überraschung hervorgerufen. Jedenfalls dürfte die etwas kühne Annahme, die jetzt gegenüber der Concession der Curie zum Durchbruch kommt, der wirtschaftlichen Sachlage eher entsprechen. Zunächst hat es hier verstimmt, daß der Papst der Welt sein Einlenken in einem Schreiben kundgibt, welches an einen rechtkräftig verurtheilten und wegen Ungehorsams von seinem Platz entfernten Erzbischof, welcher der preußischen Regierung gegenüber nichts als ein Privatmann, Herr Melchers, ist, gerichtet ist. Das Geheimniß, das über der letzten Sitzung des Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Reichskanzlers ruht, soll allerdings streng gehütet werden, aber wohl nur deshalb, weil keine bindenden Beschlüsse gefaßt sind und nur ein offenes Aus sprechen über die Lage stattgefunden hat. Man darf die Concession des Papstes auf der einen Seite nicht unterschätzen und soll sie als eine längst ersehnte Wendung zum Bessern begrüßen; andertheils ist aber daran zu erinnern, daß gegenüber der Machtfülle, die der Staat durch die Culturmäpzig gesetzte erlangt hat, es doch gar zu wenig, was der Papst bietet. Nur gegen ein volles Aequivalent wird der Reichs-Kanzler sich zu Gegen-Concessionen bereit finden lassen. Die preußische Staats-Regierung hat den Culturmäpzig, der doch in seinen letzten Consequenzen die Kirche am meisten schädigt, nicht hervorgerufen; sie hat deshalb auch das päpstliche Schreiben mit der nötigen kühlen Ruhe vernommen und wird in ihrer abwartenden Stellung verharren, bis sie die Ueberzeugung gewonnen, daß die katholische Geistlichkeit sich voll und ganz der Herrschaft der Gelehrten unterstellt. Da letzteres weder in Wochen noch in Monaten vorauszusehen ist, so kann auch mit Bestimmtheit behauptet werden, daß sich der Landtag in seiner Nachsession mit einer Revision der Maigesetze nicht zu befassen haben wird.

[Die Frage der Wiederbesetzung der diplomatischen Vertretung beim päpstlichen Stuhle.] Die „N.-Ztg.“ schreibt: Als ein Zeichen der herrschenden besseren Beziehungen zwischen der preußischen Regierung und dem Vatican und zur Erleichterung der ferneren Verhandlungen soll, wie es heißt, demnächst die Wiederbesetzung der diplomatischen Vertretung bei dem päpstlichen Stuhle erfolgen, und zwar durch den im Jahre 1872 von der Curie zurückgewiesenen Cardinal Hohenlohe. Es ist von historischem Interesse, bei dieser Gelegenheit an die Darlegungen zu erinnern, welche der Reichskanzler damals an das Zurückweisen der Hohenlohe'schen Mission knüpfte. In der Reichstagssitzung vom 14. Mai 1872 erklärte Fürst Bismarck: „Ich halte für eine der hervorragendsten Ursachen der gegenwärtigen Tübungen auf konfessionellem Gebiete die unrichtige, entweder durch eigene Aufregung oder durch schlimme Motive getriebene Darstellung über die Lage der Dinge in Deutschland und die Intentionen der deutschen Regierungen, die an Se. Heiligkeit den Papst gelangt sind. Ich hatte gehofft, daß durch die Wahl eines Botschaftes, der von beiden Seiten volles Vertrauen habe, einmal in Bezug auf seine Arbeitsliebe und Glaubwürdigkeit, dann in Bezug auf die Verhältnislichkeit seiner Gestimmen und Haltung, daß die Wahl eines solchen Botschafters, wie sie Se. Majestät der Kaiser in der Person eines bekannten Kirchenfürsten getroffen hatte, in Rom willkommen sein werde, daß sie als ein Pfand unserer friedlichen entgegengenommenen Gestimmen aufgefaßt, daß sie als eine Brücke der Verständigung benutzt werden würde, ich hatte gehofft, daß man darin die Sicherung erkennen würde, daß wir etwas Unseres, als das, was ein Se. Heiligkeit dem Papste auch durch die intimsten Beziehungen verbundener Kirchenfürst sagen, vorbringen und ausdrücken könne, nie von Se. Heiligkeit dem Papste verlangen würden, daß die Formen immer dieselben bleiben würden, in welchen ein Kirchenfürst dem andern gegenüber nicht bewegt, und daß alle unnötigen Neubildungen in einer Sache, die an sich schwierig genug ist, verhindert würden. Leider ist diese Intention der kaiserlichen Regierung durch eine kurze Ablehnung von Seiten der päpstlichen Curie verhindert worden, zur Ausführung

zu gelangen. Ich kann wohl sagen, daß ein solcher Fall nicht häufig vorkommt. Ich bin seit ziemlich zehn Jahren jetzt auswärtiger Minister, ich mich nicht zu täuschen, wenn ich sage, es ist dies der einzige und erste Fall, den ich erlebt, daß eine solche Frage verneinten beantwortet wird." Der Botschafterposten blieb bekanntlich vorläufig unbesetzt, wurde aber im Stat weitergeführt, nachdem gegenüber den Anträgen auf Streichung der Reichsanzeiger der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß im Vatican auch einmal wieder eine gegen Deutschland freundliche Stimmung walten und der deutsche Gesandte beim Papst ein erwünschtes Mittel der besseren Verständigung sein könnte. Allein die nächste Zeit zerstörte die Aussicht so gänzlich, daß die Reichsregierung die Einziehung der Gesandtschaft vom 1. Jan. 1875 an beschloß. Der Reichsanzeiger gestand im Reichstag 5. Decbr. 1874, daß die Regierung sich Missdeutungen ausgesetzt werde, wenn sie auch jetzt wieder die Hoffnung auf eine Verständigung mit Rom wiederholen wollte; es sei Anstandsrecht für das Deutsche Reich, eine Macht, welche solche mit der Selbstständigkeit der Staaten vereinbare Ansprüche erhebe und kathol. Untertanen zur Auslehnung gegen die Staatsgezege ermüthe, ja diese Auslehnung als beschworene Dienstpflicht fordere, vorerst ferner nicht mehr anzuerkennen. Die Eigenschaft, das Haupt einer Confession zu sein, welche in Deutschland Befensor hat, sei noch kein Grund, einen diplomatischen Vertreter bei einem solchen Hause zu haben. Im Reichstag wurde übrigens damals von verschiedenen Seiten der Wunsch laut, es möge zu einer Wiederbeschaffung dieser Stelle überhaupt nicht mehr kommen, und zwar wurde dabei besonders der Gedächtnispunkt hervorgehoben, der Papst könnte sich versucht fühlen, eines Tages einen Nunzio beim Deutschen Kaiser zu beglaubigen, was sich dann schwer zurückweisen ließe. Würden auch einem solchen päpstlichen Nunzio keinerlei Verfügungsberechte in kirchlichen Angelegenheiten gestattet sein, so würde derfelbe doch vermöge des ihm übertragenen hohen Amtes einen Einfluß auf die Bischöfe der vatikanischen Kirche und ihre Abänderungen ausüben, der nicht zu unterschätzen ist, da es ja die Bischöfe sich gewiß nicht nehmen lassen, in ihm ihren Vorgesetzten zu erblicken und zu fürchten. An ewig sich erneuernden Ver suchen, den päpstlichen Praktiken Gebär zu verschaffen, dürfte es dann in Deutschland so wenig fehlen, wie es in anderen Staaten bisher der Fall war.

Die Prüfungs-Commissionen für die wissenschaftliche Staatsprüfung der Candidaten des geistlichen Amtes für das Jahr 1. April 1880/81 sind in Schlesien und Posen wie folgt zusammengesetzt: in Breslau, Provinz-Schlesien: Dr. Erdmann, General-Superintendent, zugleich Vorsitzender der Commission, Dr. Weinhardt, Professor Richter, Consistorial-Rath und Militär-Oberarzt; in Posen, Provinz-Posen: Dr. Geß, Professor, zugleich Vorsitzender der Commission, Dr. Böte, Provinzial-Schulrat, Reichsarzt, Consistorial-Rath. Die Commission, welche die Staatsprüfung ohne Verbindung mit der theologischen Prüfung abnimmt, besteht in Breslau, Provinz-Schlesien, aus: Dr. Reicker, Gymnasial-Director, zugleich Vorsitzender der Commission, Dr. Weinhold, Professor, Dr. Dilthey, Professor.

Schwerin, 22. März. [Die mecklenburgische Verfassungsfrage.] Das vollständige Schreiben der in Schwerin mit den Deputirten der Stände geführten Verhandlungen über eine Aenderung der mecklenburgischen Landesverfassung wird jetzt auch durch einen offiziösen Artikel bestätigt, welchen die „Meckl. Anz.“ an hervorragender Stelle bringen. Derselbe lautet: „Es bestätigt sich, daß die am Dienstag der vorigen Woche eröffneten und schon am nächstfolgenden Freitag geschlossenen commissarisch-deputativen Verhandlungen über die Modifizierung der bestehenden Landest-Verfassung nicht zu einer Einigung der Regierung mit den ständischen Deputirten geführt haben. Wie wir erfahren, waren die landesherrlichen Commissarien angewiesen, die Verhandlungen auf der Grundlage der auf dem außerordentlichen Landtage des Jahres 1874 herausgegebenen Grundzüge zu führen, deren Hauptziel befannlich darauf gerichtet war, den künftigen Landtag als eine das ganze Land vereinende einheitliche Versammlung herzustellen. Die Verhandlungen haben nur den Verlauf genommen, daß die ständischen Deputirten in ihrer überwiegenden Mehrzahl sich für die Festhaltung des Princips der von der Regierung im J. 1872 gemachten, demnächst aber zurück gezogenen Vorlage aufgesprochen haben, welche den Zweck verfolgte, die gesamtstaatliche Verfassung dadurch weiter zu bilden, daß den beiden in jüngsten Ständen — der Ritter- und Landschaft — ein dritter, gleichfalls corporativ verfasster Stand der Domänen-Amtsgemeinden hinzugefügt würde. Auch bei der Discussion der von den Commissarien zur Erörterung gebrachten einzelnen Punkte ist sodann der in Vorstehenden hervorgehobene principielle Gegensatz hervorgetreten, ohne daß eine Einigung hat gelingen wollen. Da bei diesem Stande der Sache vor einer Fortsetzung der Verhandlungen ein Erfolg nicht zu hoffen war, so ist zur Zeit nichts Anderes als die Schließung des selben übrig geblieben.“ Die große Ruhe und Gelassenheit, mit welcher an Schlüsse der vorstehenden Mittheilung der offiziöse Berichterstatter sich über den verfehlten Erfolg der Verhandlungen äußert, berechtigt zu der Annahme, daß die Regierung durch diesen erneuerten Versuch der Einigung nicht den Ständen nun wieder für eine längere Reihe von Jahren ihre Pflicht gegen das Land in der Verfassungs-Vorlagegenheit erfüllt zu haben glaubt. Wir vermuten diese Ansicht, weil in sie bei der Regierung obwalten sollte, nicht zutheilen. Nachdem die Regierung wiederholt die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Herbeiführung einer einheitlichen Vertretung der Gesamtbevölkerung öffentlich erklärt hat, würde ein Fortspinnen der Verhandlungen in langen Intervallen und in dem bisherigen matten Stil nicht als ein Zeugnis der ernstesten Absicht, zum Ziele zu gelangen, gelten können, sondern mindestens den Schein eines heimlichen Einverständnisses der Regierung mit den Gegnern der Verfassungsreform erwecken.

München, 20. März. [Große Muster.] Der König hat hinsichtlich der diesjährigen großen Truppenübungen bestimmt: a. Beide Armeecorps haben größere Truppen-Übungen nach Abschnitt I. des Anhangs des III. der Verordnung über die Ausübung der Truppen im Felddienste, jedoch mit der Maßgabe abzuhalten, daß versuchswise die Regiments-Übungen der Infanterie um zwei Tage verkürzt, die Divisions-Übungen in der Periode dagegen um zwei Tage verlängert werden. Diese beiden Tage können je nach Erfassen der General-Commandos auch zum Exerciren der Infanterie-Brigaden im Terrain benutzt werden; b. heftige Übung der Cavalierie im Brigade- und Divisions-Verbande ist eine Cavallerie-Division zusammenzuziehen. Zum Vollzuge dieser Bestimmungen, sowie hinsichtlich der in speziellen Dienstzweigen abzuhaltenen Übungen hat das bayerische Kriegs-Ministerium die näheren Anordnungen erlassen.

Frankreich.

Paris, 21. März. [Zu den Maßregeln gegen die Jesuiten. — Das Amendement Brissot. — Statistisches über die Jesuiten.] Brissot, Präsident des Budgetausschusses, schreibt man der „R. Btg.“, hat zum Budget ein Amendement gestellt, welches eine Reihe von fiscaalen, die erlaubten und nicht erlaubten Ordensgesellschaften betreffenden Maßregeln beantragt. Das Amendement, welches die Billigung der Regierung haben soll, benennt den erlaubten und nicht erlaubten Ordensgesellschaften die Privilegien, in deren Besitz sie sich zu bringen wünschen, und stellt sie vollständig unter das Gesetz. Die Hauptbestimmungen desselben lauten: 1) die Gewerbesteuer wird auf die ermächtigten oder nicht ermächtigten Congregationen angewandt, welche ein Handwerk, einen Handel oder eine Industrie betreiben, welche dieser Steuer unterworfen ist; 2) jedes einer religiösen Congregation oder Gemeinschaft einheitlich in welcher Form, beigebracht wird, was die Steuern betrifft, als eine Schenkung betrachtet und den gesetzlichen Abgaben unterworfen; 3) eine jährliche Taxe der Todten Hand, welche der Grundsteuer gleichkommt, wird von dem unbeweglichen Gut der ermächtigten

und nicht ermächtigten Ordensgesellschaften erhoben; 4) das Gesetz vom 20. Juni 1872 und das Decret vom 6. Decbr. wird auf alle Congregationen, Körper- und Genossenschaften angewandt. Die Abgabe auf die Einsätze wird auf 5 p.C. festgesetzt; 5) jedes Mitglied einer nicht ermächtigten Körperschaft oder Congregation kann die Theilung der derselben angehörenden Güter verlangen, nur wird gestattet, daß die Mitglieder einer Körperschaft feststellen, daß während zehn Jahren keine Theilung verlangt werden darf. Wenn ein Mitglied vor dem Ablauf der zehn Jahre mit Tode abgeht, so können seine Erben den Anteil des gemeinschaftlichen Capitals verlangen, auf den er bei seinem Tode Anspruch hatte, und sofort die nothwendigen Maßregeln ergreifen, um sich sicher zu stellen; 6) wenn ein Mitglied austritt oder stirbt und seinen Anteil der Gemeinschaft überläßt, so wird dies als eine Schenkung betrachtet und die Abgaben für eine solche erhoben; 7) die Congregationen müssen jeden Tag genau das, was sie besitzen, sowie die Zahl, Namen und Geburtsorte ihrer Mitglieder angeben; 8) die Einregistrierungs- und Steuerbeamten erhalten alle Vollmachten, um den Ordensgesellschaften gegenüber das gemeine Gesetz in Anwendung zu bringen. 9) Die gewöhnlichen Strafen gegen die, welche gegen die Fiscalegesetze verstößen, werden in Zukunft gegen die Ordensgesellschaften in Anwendung gebracht. Dieser Antrag wird sicher in der Kammer durchgehen, ob auch im Senat, bleibt zweifelhaft. Der Antrag von Brissot hat auch in so fern Werth, als er dem Lande dient, welche ungewöhnlichen Privilegien die Kirche und namentlich auch die Klöster in Frankreich, dem „aufgeklärtesten und freisinnigsten Lande der Welt“, besitzt. Frankreich ist von allen katholischen Ländern das einzige, welches die Jesuiten nicht verjagen und die Klöster nicht aufheben kann, ohne daß ein Zeitergebnis in ganz Europa erhoben wird und der Vatican Einspruch erhebt. Die Clericalen haben ungeachtet der neuesten Vorfälle den Mut nicht verloren. Dieses beweist nicht allein die Sprache ihrer Blätter, welche laut erklären, daß die Regierung nichts gegen sie ausrichten kann, sondern auch die Thatsache, daß der Erzbischof von Paris in Unterhandlung steht, um einen großen Theil von Montmartre anzukaufen, wo er Klöster errichten will.

Laut einer nach zuverlässigen Actenstück entworfenen Übersicht giebt es gegenwärtig, Frühjahr 1880, in der Republik Frankreich 113.750 Nonnen; in 406 nicht erlaubten Gemeinschaften verschiedener Namen, welche 950 Etablissements besitzen und nach ihrer Wirksamkeit verteilt sind: 5199 ertheilen in 331 Schulanstalten Unterricht, 1693 treiben Krankenpflege, 1456 halten in 200 Anstalten Schule und Spitäler, 982 verwalten Waisenhäuser, Zufluchthäuser u. s. w., 325 sind in Irrenhäusern beschäftigt, 252 treiben Ackerbau, 144 sind Biedingerinnen, 3616 treiben „mystische Beschaulichkeit“, 70 sind Missionarinnen, 257 leisten Novitiate. Die 1091 Nonnen des Sacré Coeur halten Erziehungs-Anstalten in 21 Departements, die 950 Dominikanerinnen in 24 Departements u. s. w. Unter den nicht erlaubten Mönchsorden stehen die Jesuiten voran: 1509 Mitglieder, 74 Anstalten, verteilt auf 49 Departements, Algerien und Réunion; dann kommen die Trappisten: 1455 Mitglieder, 23 Etablissements in 20 Departements und in Algerien; die Kapuziner, 507 Mitglieder u. s. w. Diese 93 Ordensgemeinschaften (unter 70 Namen) umfassen 446 Häuser und Anstalten und 7439 nicht erlaubter Nonnen. Jesuiten waren 1841 in Frankreich 586 mit 27 Anstalten; 1851 hatten sie sich um drei Anstalten vermehrt; dann kam das Kaiserthum, und nun gründeten sie 1861 bereits 16 neue Häuser und bemächtigten sich der Leitung der meisten Priesterseminare; ihr Personal wies 1011 Mitglieder nach. Bis 1877 gründeten sie dann 28 neue Säle, deren sie jetzt 74 haben, darunter 6 große Seminare, 2 kleine, 31 freie Collegien. Laut der amtlichen Statistik von 1876 betrug die Zahl der Zöglinge und Schüler der unterrichtenden Orden 9475 im Jahre 1865, aber 19.961 im Jahre 1876; davon haben die Maristen in 22 Anstalten 4476, die Jesuiten in 27 Anstalten 9131 Zöglinge. Daraus erhellt, daß die Jesuiten die Hälfte der Zöglinge besitzen, die in Anstalten nicht erlaubter Ordensgemeinschaften höheren Unterricht erhalten. Uebrigens sind diese Zahlen nur annähernd, da die Orden eine geringere Anzahl ihrer Mitglieder anzugeben pflegen.

[Der Brief Journaults, des Generalsekretärs von Algerien, an Lepère] ist ein schwerwiegendes Anklagesstück gegen Albert Grevy, den ersten bürgerlichen Gouverneur der französischen Kolonie in Afrika. Albert Grevy ist anerkanntermaßen ein sehr beabsichtigtes Echt; er genießt im Publikum und in der Presse allerhand Spätzahlen, von denen „Monsieur“ noch der unschuldigste ist, und sein Bruder hätte besser gethan, die Leitung Algeriens in den Händen Chanzys zu lassen. Aber jeder Mensch hat seine schwache Seite, und so hat Grevy die Schwäche, seine Verwandten in Amt und Würden zu bringen. Daher wurde der Oberst Grevy General, und Albert Grevy Civilgouverneur. Aber der gewesene Oberst Grevy macht als General seinem Bruder wenigstens keine Unreue, während Albert Grevy seinen Ruf als beschrankter Kopf in Algerien bewahrt hat, wie aus dem Briefe Journaults hervorgeht. Es wird sich an diesen Brief wahrscheinlich eine lange Erörterung über die Notwendigkeit der Beibehaltung militärischer Verwaltung der Colonie schließen. Der letzte Aufstand wird einzigt und allein der neuen Verwaltung zugeschrieben, welche von den hergebrachten Überlieferungen bei der Behandlung der arabischen Häuptlinge keinen Begriff hat. Die Unzufriedenheit der letzteren ist stets nur die Frage eines pot de vin, eines Bratigabels, und jede andere Politik führt zu unlösamen Folgen, welche das Fortdauern der moralischen Eroberung des Landes fördern. Dem Araber ist durch List und Consequenz eher beizukommen, als durch Wassergewalt. Für Frankreich handelt es sich darum, ihn zu verdrängen, damit das Land den europäischen Colonisten übergeben werden könne. Eines der wirtschaftlichsten Mittel war bis jetzt die Anlegung von Gärten, denn der Araber ist durchschnittlich Nomade, beschäftigt sich mit Heerdenzüchtung, und da diese Heerden häufig in die Gärten brachen, Schaden anrichteten und dadurch ihre Besitzer in Streit mit den Genseiten brachten, so wichen sie aus Scheu vor den Geldbußen immer mehr zurück. Augenblicklich giebt es im Umkreis von 30 Kubikmeter an den Meeresküste keine Araber mehr. Die militärischen Gouverneure des Landes, die zum Theil ihre Schule in Afrika früher durchgemacht, kannten dieses System; sie verstanden es außerdem, durch die Würde ihrer militärischen Stellung dem Araber die gehörige Scham beizubringen. Davon aber ist bei Albert Grevy durchaus nicht die Rede, und die Gerechtigkeit gebietet es, seine Wahl als einen sibel angewandten Nepotismus zu bezeichnen. Im übrigen mag der Nepotismus bei jungen Regierungen eine gewisse Entschuldigung in Anspruch nehmen; die „République Française“ wenigstens macht kein Hehl daraus und sprach noch vor kurzem von den Generalen, die ohne Gambetta niemals über den Grad des Obersten hinausgekommen wären. St. Genest schlägt daraus heute im „Figaro“ Capital und zieht den Schluss, daß Gambetta das ganze Heer des organisierte, um sich eine ergebene Masse von Gambettisten zu schaffen.

Belgien.

Brüssel, 20. März. [Der Neuseauche Antrag auf eine Schul-Enquête] stellt folgende Forderungen:

„Um unparteiisch und vollständig zu sein, muß die Enquête den allgemeinen Zustand des Elementarunterrichts in Belgien umfassen, des freien sowohl wie des staatlichen, der Normal- somit wie der eigentlichen Volksschulen. Sie soll sich namentlich erstrecken auf die Zusammensetzung des Lehrpersonals, auf die Art der Vorbereitung der Lehrer, auf die Bürgschaften für deren Moralität und Erfahrung; auf die innere Einrichtung der Normalschulen, auf die in denselben angewandten Methoden und Bücher, auf die Richtung des Unterrichts, namentlich des geschichtlichen; sodann auf die Schülerzahl in den Elementarschulen, auf die Einrichtung dieser Anstalten, auf die Lehrmethoden, Bücher u. s. w., auf den Religionsunterricht, wie er vor und seit der Einführung des neuen Schulgesetzes den Kindern ertheilt worden ist, auf die Mittel aller Art, welche angewandt worden sind, um gewisse Anstalten zum Vortheil anderer die Schüler zu entziehen, die Lehrer und Lehrerinnen zum Ausstritt aus dem Staatsdienst zu bestimmen und die Ausführung des neuen Gesetzes zu behindern; endlich auch auf die Unterstützung, welche die Gemeindeverwaltungen der Regierung bei Anwendung des Gesetzes gewähren. Die Kammer soll eine Commission von 25 Mitgliedern einsetzen, die auch schon mit 5 Mitgliedern in Thätigkeit treten und außerhalb Brüssels sich auch in Untercomites von 3 Mitgliedern teilen kann. Erstreckt sich die Nachforschung auf Häuser, welche Privatpersonen gehören, so dürfen darin nur die Schulräume selbst besucht werden. Briefstücke und Papiere von Privatpersonen unterliegen der Beschlagnahme nicht.“

Großbritannien.

London, 22. März. [Der Vicekönig von Irland.] Seit einigen Tagen curst in Dublin das Gericht, daß der Herzog von Marlborough demnächst seiner Stelle entheben werden soll. Ein Dubliner Blatt läßt sich von hier telegraphiren, daß der zweitälteste Sohn der Königin, der Herzog von Connaught, für den Posten eines Vicekönigs von Irland in Aussicht genommen ist. Ich glaube, daß die Nachricht, obgleich vielfach angezweifelt, der Begründung nicht ganz entbehrt.

[Der Homeruler Parnell] ist gestern von Amerika in Cork eingetroffen. Er wurde von einer Deputation und der Volksmenge empfangen, doch nicht mit dem erwarteten Enthusiasmus.

[Kaiserin Eugenie.] General Sir Evelyn Wood und Gemahlin begleiten die Kaiserin Eugenie nach dem Zululande. Die Abreise erfolgt nächsten Donnerstag.

Nußland.

Petersburg, 21. März. [Die Rückwirkung der Hartmann-Affaire.] Der Professor der Moskauer Universität Nowajski, ein berühmter Historiker, richtet über die Hartmann'sche Angelegenheit ein Schreiben an die „Nowoe Wremja“, worin folgende Sätze beachtenswerth sind: „Konnen wir in irgend einer Hinsicht auf Frankreich rechnen? Abgesehen, daß Frankreich keine feste Regierung hat, daß es das Land der politischen Lastenspieler und Virtuosen à la Gambetta ist, darf keinen Augenblick der bekannten französischen Eigendank vergehen werden. Sie, die so aufhellte Nation, sollte uns russischen Barbaren solchen Verbrecher ausliefern? Es wäre naiv, über solch unerhörte Dinge Betrachtungen anzustellen. Wir werden in Frankreich noch lange keinen Bundesgenossen finden; die Franzosen sind noch lange nicht vernünftig geworden und haben von den Deutschen noch keine genügende Lection erhalten. Selbstverständlich werden wir Hartmann's wegen nicht Krieg erklären, oder diplomatische Beziehungen unterbrochen; das hindert aber nicht, daß wir den Franzosen gegenüber weniger liebenswürdig werden. Ich spreche von offiziellen Vertretern, nicht privaten, freiwilligen Anbetern Frankreichs, die unverhinderlich sind. Es würde nichts schaden, wenn alle Privilegien und Bergünstigungen, die die zahlreichen französischen Bürger in Russland, welche verschiedene Gewerbe betreiben, genießen, einer Durchsicht unterworfen und, was die Haupfsache ist, der Tarif auf viele Erzeugnisse der französischen Industrie erhöht würden. Damit die Franzosen sich nicht gekränkt fühlen, wäre dasselbe in Bezug auf England zu thun. Solche Maßregel würde erstens den Entwicklung der russischen Industrie großen Vortheil bringen. Zweitens wäre es nur auf diese Weise möglich, nach Gebühr den Franzosen und Engländern, die hochcivilisierten Nationen, zu antworten, die folgendes merkwürdiges Prinzip proclamirt haben: „Ein einfacher Mörder kann ausgeliefert werden, nicht aber ein Kaisermörder; die Person eines solchen Mörders ist für heilig und unantastbar anzusehen.“ Was den Revolutionären gegenüber noch thut, meint der Professor weiter, wäre Festigkeit und Selbstbeherrschung und dann eine tüchtige Polizei, aber nur ein Polizeystem.“ Wie zu erwarten stand, hat dieses System den Verbrechern mehr genügt wie geschabt. Der Polizei eines Verbrechers ist fast immer in Ordnung, wenn auch gefälscht, und deshalb hat derfelbe in den meisten Fällen volle Actionsfreiheit. Darum lässt auch das Polizeystem mit der ganzen Schwere nur auf den friedlichen Bevölkerung, und zwar auf der Arbeitersklasse. Dieses letzte ist durchaus zutreffend. Wie Sie schon wissen werden, ist dem „Golos“ wegen zu warmer Vertheidigung seiner Freunde an der Seine das Recht der Veröffentlichung von Annoncen auf zwei Monate entzogen. Daraus ist zu erssehen, wie weit die Verschlimmung gegen Frankreich in den maßgebenden Kreisen gediehen ist.

Provinzial-Beitung.

H. Breslau, 18. März. [Grundbesitzer-Verein.] Die heute im Saale des Hotel „König von Ungarn“ stattgehabte, außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung wurde von dem Vorsitzenden, Director Milch mit einer Reihe von geschäftlichen Mittheilungen eröffnet. Es soll ein neues Mitgliederverzeichniß im Druck erscheinen, ebenso die Drucklegung der Geschäftsordnung für das neue Wohnungsmietshaus erfolgen. Bezuglich des Preisauftreibens behufs Aufstellung einer besten Wasserleitung anlage hat der Vorstand in Folge mangelnder Fonds beschlossen, zur Zeit von weiteren Befreiungen in dieser Richtung aufzuhören. Die Mittheilung über die Bestimmungen des neuen Quittungstempelgesetzes führt zu dem Ergebnis, daß die Sachen weiter zu verfolgen und den Gegenstand auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen. — Um der Errichtung einer Mietshauskontrolle (in dem „schwarzen Buch“), wie dieselbe früher beschlossen worden, eine immer erhöhte Anerkennung zu verschaffen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine rechtzeitige und regelmäßige Mittheilung geeigneter Beiträge von gutem Erfolg sein dürfe. — An die Mittheilung der Kölnerischen Buchhandlung, daß dieselbe vom April d. J. ab die „Breslauer Communalzeitung“ herauszugeben beabsichtigt, knüpft eine kurze Discussion, ob und inwieweit der Verein zur Unterstüzung des Unternehmens bereit sei. Es wird beschlossen, die direkte Überleitung der einzelnen Nummern an die Mitglieder zum Preise von 1,50 M. pro Quartal zu empfehlen. — Die auf der Tagesordnung stehende Frage, die Vorstufe der Oder und Ohe in Bezug auf die Grundwasserverhältnisse Breslaus“ behandelt in einem eingehenden Referate Rittergutsbesitzer Struve. Der Vorsitzende erörterte, was bei uns gegen und was für die Vorstufe geschehen sei, er beleuchtete ferner die Projekte, welche zur Abhilfe des herrschenden Übhlands vorgeschlagen werden mit Rücksicht auf die Ausführbarkeit bezüglich des Erfolges und der Kosten. Als hindernde Momente für die Vorstufe zog Redner in erster Reihe in Betracht das Wasserwerk, die Verengung der Ohe namentlich in der Nähe der Gasanstalt und das Festhalten der Eisböden. Diese drei Momente bringen sich, wenn man auch die Unentbehrlichkeit der Einrichtung des Wasserwerks und den anderen Einrichtungen anerkennen muß, in den oberhalb Breslau gelegenen Ortschaften empfindlich zur Geltung. Durch die Anlage der Filterbassins am Wasserwerke erhalten die Ohlauer- und Schweidnitzer-Vorstadt Stauwasser. Was die Foundationszustände anlangt, so hält der Vortragende dieselben für notwendig. Eine weitere Eindämmung der Oder würde sogar als ein Nachteil für die Adjacenter erweisen. Den in Betracht gezothen Durchsich der Oder zwischen Bartheln und der Straße in der Richtung nach der alten Oder hält der Redner bezüglich der Ausführung für eine Unmöglichkeit, ebenso auch mit Rücksicht auf die wasserberechtigten Adjacenten den Durchsich der Ohe zwischen Pirscham und Otritz nach der Oder zu. Auch die Cassation der Wehre hält Redner für einen Ufern drohende Gefahr. Nur mit der Niederlegung der Wehre innerhalb der Stadt (s. B. Mattheiakunst) erklärt Redner sich einverstanden. — Unter den zur Abhilfe der alten Oder zwischen Bartheln und der Straße kommenden Projecten hält Rittergutsbesitzer Struve vor Allem die Verbreiterung des Strauchwehrs am Biologischen Garten hervor. Zur Zusammensetzung damit steht die Verbreiterung der alten Oder bis zur Fürstenbrücke. Durch Verbreiterung der alten Oder bis zum Fuß würde hinreichend Vorstufe geschaffen. Mit Ausnahme der ohnehin baufähigen und reparaturbedürftigen Brücke könnten die übrigen Brücken unverändert bleiben. Eine Einleitung der Ohe oberhalb Breslaus in die Oder würde den Vorstufe haben, den Eingang der Oder wesentlich zu beschleunigen und in Verbindung mit der Ver-

breiterung des Strauchwesens das Eis um die Stadt herum abuleiten. — Redner, dem für seinen erschöpfenden Vortrag der Dank der Versammlung zu Theil wurde, erklärte noch, daß er auf Grund stattgehabter Rückfrage mittheilen könne, daß der hiesige Magistrat seine Münzwirkung und Unterstützung bei Projecten, welche die ungünstigen Vorstufenverhältnisse zu bestreiten vermögen, zugesagt, resp. in Aussicht gestellt habe. — Mit Rücksicht auf die bevorstehende städtische Anleihe beschloß die Versammlung auf Vorschlag des Vorsitzenden, beim Magistrat im Wege der Petition dahin vorstellig zu werden, daß derselbe bedacht sein möge, durch Verbreiterung des Strauchwesens und der alten Oder bis zur Fürstenbrücke die Grundwasser-Verhältnisse der Stadt günstiger zu gestalten. — Bezuglich anderer Gegenstände beschloß die Versammlung ferner, bei dem Polizeipräsidium dabin vorstellig zu werden, daß dasselbe die Beamten anweise, bei nicht erfolgter Straßenreinigung den Denuncianten sofort von der gegen ihn erstateten Anzeige Kenntnis zu geben und das Strafmaß für die Uebertretung auf 3 Mark herabzusetzen. — Nach Erledigung des Frageklausens rietet vor dem Schluß der Versammlung noch Rittergutsbesitzer Struve die Witte an die Anwesenden, sich recht zahlreich an der in nächster Woche, Mittwoch oder Donnerstag, im Concerthause stattfindenden Bürgerversammlung behufs Gründung eines Vereins gegen das Bettelunwesen zu beteiligen.

y. Neusalz, 22. März. [Gewerbeverein.] In der letzten Versammlung des Gewerbevereins hielt Herr Regierungs-Baumeister Blau einen Vortrag über Bosnien und die Herzegowina, welche Länder er im Jahre 1888 bereist hat. Er schilderte in ausführlicher Weise Land und Leute, Charakteristiken die Zustände unter der damaligen türkischen Herrschaft, klärte aber auch manches Vorurtheil auf, welches noch jetzt über die Bevölkerung herrscht.

S Schweidnitz, 22. März. [Bienenzüchter-Versammlung.] Gestern Nachmittag fand im „Waldschlößchen“ hier selbst unter dem Vorsitz des Lehrers Kunz-Löschner die erste diesjährige Wanderversammlung des Bienenzüchtervereins für Königszelt und Umgegend statt, die von ca. 70 Theilnehmern besucht war. Von den Gegenständen der reichhaltigen Tagesordnung ist ein Vortrag des Lehrers Weinert: Polnisch-Weißruss über „die Ursachen, die Zeit und die Methode des Verstärkens und Verringerns der Bienenbölle“ zu erwähnen. Den zweiten Vortrag hielt Lehrer Hellmuth-Bertholdsdorf über den Saar: „Bienen bringen Honig, und Honig bringt Bienen“. Nachdem noch Buchhalter Sendlers-Stiegau die Frage: „Was haben uns die Bienen in den letzten Jahren gebracht?“ in eingehender Weise beantwortet hatte, schloß der Vorsitzende die Verhandlungen, unter Hinweis auf den kaiserlichen Geburtstag, mit einem kräftigen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser. Die Versammlung sang hierauf stehend die Nationalhymne.

L. Liegnitz, 22. März. [Stadtverordnetenversammlung.] — Unglücksfall! In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und König ausgebracht, in welches die Verammlung begeistert einstimmte. Bei der darauf erfolgten Wahl eines besoldeten Stadtraths (Kämmerer) auf die gesetzliche Amtsduration von 12 Jahren erhielt Herr Bürgermeister Kraatz zu Bernau von 28 abgegebenen Stimmen. Zum unbesoldeten Stadtrath bis zum 29. Juli 1884 an Stelle des am 1. April freiwillig ausscheidenden Herrn Seidel wurde Herr Fabrikbesitzer Julius Roth gewählt. Herrn Seidel wurde als Zeichen der Anerkennung für seine langjährigen Dienste, welche er der Stadt als Stadtverordneter und Magistrats-Mitglied geleistet, der Titel Stadtältester verliehen. — Dem Ehrenbürgern der Stadt Liegnitz, Herrn General-Lieutenant von Voigt-Reich zu Hannover, welcher vom Jahre 1865 bis 1870 als Oberst und Regiments-Commandeur hier domicilierte, wird zu seinem 50jährigen Amtsjubiläum, welches er am 8. April dieses Jahres feiert, eine Glückwünsch-Adresse des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung zugefandt werden. — Drei Bürger feiern noch in diesem Monat ihre Bürgerjubiläen, zu deren Begüßung je 3 Stadtverordnete deputirt wurden. — Nachdem die lgl. Regierung und der Herr Oberpräsident die von den städtischen Behörden in dem Regulat zur Erhebung von Abgaben für Lustbarkeiten aufgenommene Heranziehung der in geschlossenen Gesellschaften statfindenden Tanzvergnügen nicht genehmigt hat, ist von beiden städtischen Körperschaften das ganze Regulat fallen gelassen worden. — Dagegen wurde ein anderes Regulativ vereinbart, nach welchem für das Feithalten von Obst, Grünzeug, Backwaren u. s. w. an einem bestimmten Platze ein Standort künftig erhoben wird. — Das Maximalgehalt der hiesigen Mittelschullehrer wurde von 2400 auf 2700 Mark erhöht. Dasselbe beginnt mit 1500 Mark und steigt von 4 zu 4 Jahren um 150 M. — Vor einigen Tagen stürzte der Dachdecker Blümel bei einer Übung der städtischen Feuerwehr, welcher er angehört, aus einem Fenster des Steigerhauses von beträchtlicher Höhe herab und brach beide Arme.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 23. März. [Börse.] Die Börse verkehrte heute in sehr matter Haltung. Wir hatten wiederholt darauf hingewiesen, daß die Geschäftslösigkeit, welche gegenwärtig an der Börse herrscht, schließlich eine Ermatzung der Tendenz herbeiführen müßte, sobald sich erst irgend welche Ereignisse einstellen, welche die Börse nach dieser Richtung hin zu beeinflussen im Stande sind. An der heutigen Börse wurden nun Gerüchte über die Detailziffern der österreichischen Creditanstalt colportiert, welche allerdings auf die Stimmung depriment einwirken mußten, und auch an der Wiener Börse gestern zum Schluß die empfindliche Mattigkeit hervorgerufen haben möchten. Man gab unter Anderem an, daß das Provisionsconto 1,050,000 M. gegen 1,209,000 M. des vorigen Jahres aufweisen sollte, und damit in diesem für die Entwicklung des Bantgeschäfts maßgebendsten Conto ein Minus von 159,000 M. vorhanden sei. Auch das Binsenconto sollte gegen das Vorjahr um 200,000 fl. zurückbleiben. Dazu kommt das abermalige Beiden der Eisenpreise in Glasgow, so daß sowohl auf dem internationalen Markt, wie auf der dem lokalen ungünstige Momente zur Einwirkung kommen. Auch die Nachricht, daß die Deutsche Bank unter Erhöhung der Reserve für das Conto current um eine Million und des sonstigen Reservesonds von 300,000 M. eine Dividende von 9% gebe, wurde von der Börse in ungünstigem Sinne aufgefaßt. Schließlich übt auch die Ultimoregulierung einen drückenden Einfluß, obgleich die Reports sich in geringen Säcken bewegen und man für die Aussöhnung eintritt, daß ein größeres Decouvert, für welches sich noch Dedungsläufe erforderlich machen, vorhanden sei. Auf dem internationalen Markt notiren Credit 527%—3½%—4%, Franzosen 474—3½—6—5, Lombarden 150%—50. Auswärtige Staatsanleihen schwach. Rubel notiren: per ult. 214,25—213,75, per April 214,50 bis 214,25 (Porprämie 216,50/2). Auf dem localen Markt erzielten Laura 126% bis 5%, Dortmunder Stamm-Prioritäten 93 bis 90%, Discounts-Commandit 184% bis 4% bis 2% bis 3%, Deutsche Bank 141% bis 40. Von Eisenbahnen erwähnen wir die folgenden: per ultimo Rheinische, junge 149,90, Bergisch-Märkische 107—106,50—80, Rumänier 52,40—25, Galizier 112,50—25, Oberösterreichische 183—183,25—182—50, Rechte Oberer 142,10—141,50—75, Freiburger 106,30—10—25. Auf dem Anlagenmarkt waren heimische Fonds matt, auch deutsche Prioritäten abgeschrägt. Österr. Prioritäten befanden sich in ziemlich seiter Haltung. Russische Prioritäten schwach. Auf dem Cassamarkt waren große heimische Bahnen um abgeschwächt. Kleine Bahnen geschäftlos, Österr. reichische Nebenbahnen matt. Bahnen abgeschwächt, insbesondere Hypothekenbahnen. Industrieanlagenmarkt schwach. Linke + %, Donnersmarck — 3%, Oberschles. Eisen — 2%, Gelsenkirchen — %. Geld in Bribadiscont unverändert, für Reportswede 3%—5 Prozent. Fremde Wechsel fast durchgängig abgeschwägt. Heutige Prolongationsfälle: Credit 0,50 Rep., Franzosen 0,50, Lombarden 0,60 Rep., Discounts % Rep., Laura glatt bis 213,75, II. Orient-Anleihe 59,87, III. do. 59,75.

Coupons. (Course nur für Posten.) Österr. Silberrente-Cp. 170,70 bez. do. Eisenbahn-Coupon 170,70 bez. do. Papier in Wien zahlbar min. 40 fl. I. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,185 bez. do. Eisenb.-Briar 4,185 bez. do. Papier-Dollars 4,185 bez. do. New-York-City 4,185 bez. Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 75 fl. I. Pet. Poln. Papier in verl. min. 75 fl. Warschau, Russ. Bond 20,56 bez. u. Br. Russ. Russia —, Große Russische Staatsbahn —, bez. Russ. Boden-Credit —, bez. Warschau-Wiener Comm —, bez. Rumänien —, Dib. Sch. per 1879 —, bez. Warschau-Terespol —, bez. 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris. Belgisch: minus — Pf. Brüssel, Berl. Ost-Obligat 20,42 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. L. B.) Paris, 23. März, Abends. [Boulevard-Berlehr.] 3proc. Rente —, —. Neueste Anleihe von 1872 118, —. Türken 1865 10,77. Neue Egypter 290, —. Banque ottom. —. Italiener 83, 35. Chemins —, —. Oesterr. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente 88%. Spanier alter. —, —. Spanier inter. —, —. 1877er Russen 90%. Türkenloose —. Orient 61. Lombarden —. Belebt.

Frankfurt a. M., 23. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 502. Pariser Wechsel 81, 17. Wiener Wechsel 171, 40. Köln-Mindener Stamm-Aktion 146%. Rhein-Stamm-Aktion 157%. Hess. Ludwigsbahn 104. Köln-Mindener Prämien-Anteile 133%. Reichsanleihe 99%. Reichsbank 151½. Darmstädter Bank 148%. Meiningen Bank 100%. Oesterr.-Ungarische Bank 718, 00. Creditactien* 226. Silberrente 62%. Papierrente 61%. Goldrente 74%. Ungarische Goldrente 88%. 1860er Loofe 123%. 1864er Loofe 309, 80. Ungarische Staatsloose 214, 00. Ungar. Ostbahn-Obligat. II. 79½. Böh. Westbahn 195%. Elisabethbahn 163%. Nordwestbahn 145. Galizier 224%. Franzosen* 237%. Lombarden* 74%. Italiener —, —. 1877er Russen 88½. II. Orientanleihe 59%. Central-Pacific 110%. Schweizer Centralbahn —. Ludwigshafen-Berbach —. Matt.

* per medio resp. per ultimo.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 262½, Franz. 237%, Galizier —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, II. Orientanleihe —, III. Orient-Anleihe —. Lombarden —. Mainz-Ludwigshafen —. Hamburg, 23. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Br. A. 125%, Silberrente 62%, Oesterr. Goldrente 74%, Ung. Goldrente 88%. Credit-Aktion 262%, 1860er Loofe 124½, Franz. 596, Lombarden 188, Italiener Rente 83, 1877er Russen 88%. II. Orient-Anleihe 57%, Vereinsb. 122%, Laurahütte 125%, Norddeutsche 162%, Commerzbank 117%, Anglo-deutsche 79%, 5% Amerikan. 95, Rhein. Eisenbahn 157%, do. junge 149%, Berg. Märk. do. 107, Berlin-Hamb. do. 195, Altona-Kiel-do. 142, Disconto 2%. Preuß. 4proc. Consols 99%, österr. Nordwestbahn —. Schluß fest.

Silber in Barren per Kilogr. 154, 50 Br., 154, 00 Gd.

Wechselnotrungen: London Lang 20, 37 Br., 20, 31 Gd., London Kurz 20, 50 Br., 20, 42 Gd., Amsterdam 168, 20 Br., 167, 60 Gd., Wien 170, 50 Br., 168, 50 Gd., Paris 80, 70 Br., 80, 30 Gd., Petersburger Wechsel 213, 00 Br., 209, 00 Gd.

Hamburg, 23. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig. Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig. Weizen pr. April-Mai 227½ Br., 226½ Gd., pr. Mai-Juni 227 Br., 226 Gd. Roggen pr. April-Mai 167 Br., 166 Gd., pr. Mai-Juni 167 Br., 166 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rüböl fest, loco 56, pr. Mai 56. — Spiritus fest, pr. März — Br., pr. April-Mai 51½ Br., pr. Mai-Juni 51% Br., pr. Juni-Juli 52 Br. Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sac. — Petroleum still, Standard white loco 7, 25 Br., 7, 10 Gd., pr. März 7, 10 Gd., pr. August-December 8,00 Gd. — Wetter: Sehr schön.

Liverpool, 23. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaslicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 11,000 B., davon 9000 B. amerikanische.

Liverpool, 23. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unverändert. Middl. amerikanische April-Mai-Lieferung 7½% D., Mai-Juni-Lieferung 7½% D.

Manchester, 23. März, Nachm. 12x Water Armitage 8½, 12x Water Taylor 9%, 20x Water Micholls 11, 30x Water Gidlow 11½, 30x Water Clayton 12, 40x Mule Mayoll 12, 40x Medio Wilkinson 13½, 36x Warpops Qualität Rowland 12%, 40x Double Weston 13%, 60x Double Weston 15%, Printers 10%, 14%, 8½ Gd. 112. Fest.

Petersburg, 23. März, Nachmittag 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 M. 25%, do. Hamburg 3 M. 215, do. Amsterdam 3 M. 127%, do. Paris 3 M. 265%, Russ. Prämien-Anleihe de 1864 (gest.) 225, do. de 1866 (gest.) 221½, Russ. Anl. de 1873 125%, 1877er Russen —, ½ Im-partial 7, 80, Große Russ. Eisenbahnen 263%, Russ. Bodencredit: Standard 117%, II. Orient-Anleihe 90%, III. Orient-Anleihe 90%, Privat-discont 5½%.

Petersburg, 23. März, Nachmittag 5 Uhr. [Productenmarkt.] Tafel loco 58, 00, per August 57, 00. Weizen loco 16, 25. Roggen loco 10, 25. Hafer loco 5, 25. Hanf loco 34, 00. Leinsaat (9蒲) loco 17, 00. — Thauweiter.

Königsberg, 23. März, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen unverändert, Roggen unverändert, loco 121/122 Gd. 2000 Pf. Zollgew. 162,00, per Frühjahr 164, 00, per Mai-Juni 166, 00. — Gerste still. — Hafer fest, loco pr. 2000 Pf. Zollgew. 146, 00, per Frühjahr 144, 00. — Weisse Erbsen pr. 2000 Pf. Zollgewicht 166, 50. — Spiritus per 100 Ltr. 100 pf. loco 63, 25, per Frühjahr 63, 25, per August 66, 00. — Wetter: Schön.

Danzig, 23. März, Nachmittag 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen loco billiger. Umsatz 450 Tonnen. Bunt und hellfarbig, mehr oder weniger ausgewaschen 200,00—210,00, hellbunt 214,00—227,00, hochbunt und glänzend 233,00—245,00, pr. April-Mai Transit 226,00, pr. Juni-Juli Transit 226,00. Roggen fest, loco inländischer pr. 120 Pf. 166, 00—187,00, polnischer oder russ. pr. 120 Pfund Transit 160,00—163,00, unterpolnischer pr. April-Mai Transit 165,00, inländ. per April-Mai 171,00. Kleine Gerste loco 150,00. Große Gerste loco 180,00. — Hafer loco 141,00—151,00. — Erbsen loco 144,00—148,00. — Spiritus pr. 10,000 Liter-Gt. loco —.

Pest, 23. März, Vormittags 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco matt, Termine angenehmer, pr. Frühjahr 14, 15 Br., 14, 20 Br. — Hafer fest, loco pr. Frühjahr 7, 70 Gd., 7, 75 Br. Mais pr. Mai-Juni 8, 70 Gd., 8, 75 Br. — Kohlraps pr. August-Septbr. 13%. — Wetter: Heiter.

Paris, 23. März, Nachmittag. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, pr. März 33, 50, pr. April 33, 00, pr. Mai-Juni 32, 10, pr. Mai-August 31, 10. — Mehl fest, pr. März 66, 25, pr. April 66, 75, pr. Mai-Juni 66, 75, pr. Mai-August 65, 75. — Rüböl behauptet, pr. März 78, 00, pr. April 78, 25, pr. Mai-August 80, 25, pr. September-December 82, 25. — Spiritus fest, pr. März 76, 00, pr. April 75, 50, pr. Mai-August 73, 00, pr. September-December 66, 50. — Wetter: Schön.

Danzig, 23. März, Nachmittag 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen loco billiger. Umsatz 450 Tonnen. Bunt und hellfarbig, mehr oder weniger ausgewaschen 200,00—210,00, hellbunt 214,00—227,00, hochbunt und glänzend 233,00—245,00, pr. April-Mai Transit 226,00, pr. Juni-Juli Transit 226,00. Roggen fest, loco inländischer pr. 120 Pf. 166, 00—187,00, polnischer oder russ. pr. 120 Pfund Transit 160,00—163,00, unterpolnischer pr. April-Mai Transit 165,00, inländ. per April-Mai 171,00. Kleine Gerste loco 150,00. Große Gerste loco 180,00. — Hafer loco 141,00—151,00. — Erbsen loco 144,00—148,00. — Spiritus pr. 10,000 Liter-Gt. loco —.

Paris, 23. März, Nachmittag. [Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 per März per 100 Kgr. 59, 00, 7/9 per März per 100 Kgr. 65, 00. Weizer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilo, pr. März 67, 75, per April 67, 75, per Mai-August 67, 25.

London, 23. März. Habannazuder Nr. 12 25½. Matt.

Antwerpen, 23. März, Am. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert, Roggen unverändert, Hafer steigend. Gerste unverändert.

Antwerpen, 23. März, Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinates, Type weiß, loco 18½% bez. u. Br., pr. April 19 Br., pr. September 20 Br., pr. Septbr.-October 20½ Br. — Rüböl. — Bremen, 23. März, Nachmittags. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 20 bez., pr. April 7, 20 bez., pr. Mai 7, 35 Br., pr. August-December 8, 00 Br.

H. [Stundung der Telegraphengebühren.] Für die Besucher der hiesigen Börse ist höheren Orts eine monatliche Stundung der Telegraphengebühren genehmigt worden und wer hieron Gebrauch machen will, hat sich deshalb an das hiesige Kaiserliche Telegraphenamt II zu wenden. — Die Bedingungen, unter denen die monatliche Zahlung der Telegraphengebühren zugelassen ist, sind folgende: „Die Personen, welche die Telegraphengebühren monatlich zu zahlen wünschen, haben an die Reichsverkehrsanstalt, bei welcher sie ihre Telegramme aufzugeben wollen, einen Vorschuß einzuzahlen. Der Betrag derselben ist mit dem Vorsitzer der Verkehrsanstalt zu vereinbaren und soll so bemessen werden, daß etwa die Gebühren für die in anderthalb Monaten aufgegebenen Telegramme dadurch gedeckt werden. Der Correspondent hat als Vergütung für die durch die Buchung der Gebühren entstehende Mühevaltung eine Vergütung von 50 Pf. für den Monat zu zahlen. Die Vereinnahmung dieser Gebühr hat nach Ablauf eines jeden Monats zugleich mit der Gebühr von 2 Pf., welche außerdem für jedes gestundete Telegramm zu entrichten ist, statzzufinden. Eine Ermäßigung oder Erhöhung der Vergütungssätze bleibt vorbeh

Berliner Börse vom 23. März 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Wechsel-Course.	
Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3 169,25 bz
do. do.	2 M. 3 168,45 bz
London 1 Lstr.	3 M. 3 20,34 G bz
Paris 100 Frs.	8 T. 3 81,05 bz
Petersburg 100 SR.	3 M. 6 211,75 bz
Warschau 100 SE.	8 T. 6 213,25 bz
Wien 100 Fl.	8 T. 4 171,10 bz
do. do.	2 M. 4 171,00 bz
Kurh. 40 Thaler-Loose	282,00 B
Badische 35 Fl.-Loose	173,00 G
Braunschw. Präm.-Anleihe	97,50 bz
Olsnburger Loose	154,25 bz
Ducaten —	Dollar 4,23 G
Sover. 20,39 G	Oest. Bkn. 171,45 bz
Napoleon 16,25 G	do. Silbergd 172 G
Imperials 16,67 G	Russ. Bkn. 213,60 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

	Divid. pro	1878	1879
Aachen-Mastricht	1/2	4	33,50 bzB
Berg-Märkische	4	—	106,80 bz
Berlin-Anhalt	5	5	110,60 bz
Berlin-Dresden	0	—	14,75 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	26,26 bzG
Berlin-Hamburg	101/2	—	186,00 B
Berl.-Potsd.-Magdeb.	31/2	4	89,20 G
Berlin-Stettin	2,65	42/4	114,50 bzB
Böhni. Westbahn	55/4	42/4	97,80 bzG
Bresl.-Freib.	31/4	42/4	106,50 bz
Cöln-Minden	6,3	6	146,63 bz
Dur-Bodenbach	0	0	70,75 bzG
Gal-Car-Ludw.-B.	8,214	—	112,20 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	24,99 bz
Hannover-Altenb.	0	0	fr. —
Kaschau-Oderberg	4	5	54,90 bz
Kronpr. Rudolfs.	5	5	67,50 bzG
Ludwigsb.-Bex.	9	—	199,40 B
Märk.-Posener	0	0	30,00 bzB
Magdeb.-Halberst.	91/2	—	146,00 G
Mains-Ludwigs.	4	4	104,26 bz
Niedersch.-Märk.	4	4	99,00 G
Oberschl. A.C.D.E.	81/2	—	182,50 bz
do. B...	81/2	—	151,50 bzG
Oester.-Fr. St. E.	—	4	474,00-73,00
Oest. Nordwestb.	4	—	299,00 B
Oest. Süd(Lomb.)	6	6	150,50-58,80
Ostpreuß. Südb.	0	0	60,10 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7	—	141,90 G
Reichenberg-Pard.	4	4	57,00 bz
Rheinische...	7	4	158,20 bzG
do. Lit. B. (40/gar).	4	4	98,90 G
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	11,20 bzG
Ruman.-Eisenbahn	2	—	52,33 bzG
Stargard.-Posener.	41/2	41/2	102,60 bz
Thüringer Lit. A	8	—	157,00 bzG
Thüringen-Wien	9,165	—	246,00 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.	
Berlin-Dresden	0
Berlin-Görlitz	1
Breslau-Warschau	0
Halle-Sorau-Gub.	0
Kohlfurt-Falkenb.	0
Magdeb.-Halberst.	41/2
Ostpr. Südbahn	5
Posen-Kreuzburg	28/4
Rechte-O.-U.-B.	7
Reichenberg-Pard.	4
Rheinische...	7
do. Lit. B. (40/gar).	4
Rhein-Nahe-Bahn	0
Ruman.-Eisenbahn	2
Switzerland-Westbahn	—
Stargard.-Posener.	41/2
Thüringer Lit. A	8
Thüringen-Wien	9,165

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	2	4	85,50 B
Berl. Kassen-Ver.	89/10	89/10	168,25 G
Berl. Handels-Ges.	0	4	194,75 G
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	0	41/2	76,00 bzB
Brunschw. Bank	41/2	41/2	92,00 bzG
Bresl. Disc.-Bank	3	54/2	84,00 G
Bresl. Wechselb.	5	6	94,75 bzG
Coburg-Cred.-Bk.	41/2	5	87,50 bz
Darmst. Creditb.	69/2	91/2	147,60 bz
Darmst. Zettelb.	51/4	—	141,20 bz
Deutsche Bank	61/2	6	152,10 bzG
do. Reichsbank	6,3	6	92,50 bzG
do. Hyp.-B.-Berl.	61/4	—	185,00 bzB
Disc.-Com.-Anth.	61/2	—	185,23-3,50
do. ult.	61/2	—	112,00 bzG
Genossensch.-Bank	51/2	7	109,90 bzG
do. junge	51/2	7	92,50 bzB
Goth. Gründereck.	6	—	94,00 G
do. junge	6	—	7—
Hamb. Vereins-B.	75/4	7	—
Hannov. Bank	51/2	41/2	103,25 bzG
Königs.-Ver.-B.	6	5	96,00 bz
Ludw.-B. Kwielecki	42/3	6	67 G
Leipz. Cred.-Anst.	63/2	10	149,90 bz
Leipz. Cred.-Anst.	63/2	10	138,75 bzG
Luxemburg. Bank	71/2	—	105,00 G
Magdeburgs. do.	65/2	51/2	113,30 bz
Meiningen	21/2	—	100,25 bzG
Nordd. Bank	84/5	10	163,00 bzG
Nordd. Gründner-B.	4	42/3	57,50 G
Oberlausitzer Bk.	4	—	87,00 G
Oest. Cred.-Action	83/4	11/2	527,00-24,50
Posener Pro-Bk.	4	5	189,50 G
Pr. Bod.-Cr.-Act. B.	5	—	91,90 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	91/2	—	127,10 G
Sachs. Bank	58/4	6	118,00 bzB
Schl. Bank-Verein	5	6	105,25 bz
Weimar.-Bank	0	4	41,00 G
Wiener Unions-Bk.	5	6	286,00 G

In Liquidation.

Banker	—	fr.	—
Centralb.f.Genoss.	—	—	—
do. Cred.-Bank	—	—	—
Schl. Vereinsbank	—	fr.	—
Thüringer Bank	—	fr.	201,25 bzG

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahn-G.	0	4	6,40 bzB
do. Reichs-u. Co.-B.	—	4	33,50 bzG
Mark.-Sch.-Masch.G.	0	4	47,25 G
Nordd. Gummidif.	11/2	4	—
Pr. Hyp.-V.-Act.	5	2	88,50 bzG
Sachs. Feuervers.	21	4	106,00 B
Donnersmarkhütt.	1/2	4	60,25 bz
Dortm. Union	0	—	12,50 G
do. abgest.	0	—	—
do. St.-P.Lit.A.	0	6	91,00 bzG
Königs.-Laurah.	11/2	—	123,75 bz
Marienhütte	21/2	—	44,00 bz
Cona. Redenhuette	4	6	75,25 G
do. Oblig.	6	6	197,50 bz
Schl. Kohlenwerke	0	—	15,90 bzB
Schl.Zinkh.-Action	51/2	—	103,00 bzB
Oppeln.Fortschr.Com.	31/2	4	63,00 bz
Großschwitzer Berg	0	—	63,10 bz
Tarnowitz	0	—	39,40 bzG
Vorwärthütte	0	—	21,50 bz
Bresl. E.-Wagenb.	51/2	—	75,75 bzG
do. ver.Oefab.	51/2	—	76,90 bzG
Strassenbahn	6	61/4	111 bzG
Erdm. Spinnerei	0	—	40,90 bz
Görlitz. Eisenb.-B.	61/2	—	86,25 bzG
Hofm. wAg.Fabr.	0	2	60 bzG
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	64,00 G
Schl. Leinenind.	5	—	96,00 bzB
do. Porzellan	11/2	—	41 G
Wilhelmsb. MA.	0	—	44,00 bzB
Bank-Discont 4 p.Ct.	—	—	—
Lombard-Zinsfuss 6 p.Ct.	—	—	—

= Grünberg, 22. März. [Vom Getreide- und Productenmarkt.] Der heutige Wochentag war mit Zufuhr mäßig verfehlt. Auch der Verkehr war etwas lebhafter als in den Vormittagen. Die Preise waren unverändert. Bezahlte wurden für 100 Kilogr. Weizen 22—20 M., Roggen 17,50—17 M., Gerste 16 M., Hafer 17—16,50 M., Erbsen 17—16,50 M., Kartoffeln 5,50—4,50 M., Stroh 3,50—3 M., Heu 6—5 M., das Kilogr. Butter mit 2,40—2,20 (gegen 2,20—2 M. vorwöchentlichen Preises), das Butter mit 2,40—2,20 M.

Trautenau, 22. März. [Garnmarkt.] Der heutige Garnmarkt ist von Kaufmännern wie gewöhnlich besucht, und hat sich die gute Nachfrage seit letzter Woche erhalten. Der Umsatz ist jedoch aus verschieden Ursache wie leicht zu verhindern, da Spinnerei nur kleine Quantitäten abgibt und zumeist nur verschlossen sind. Die Tendenz der Preise sowohl für Linen-

wie Towgarne ist fest, und werden leichtgemachte Preise verlangt und auch bezahlt. So kostet 20er Towgarne mit 40—45, 25—30er mit 37—40, 40er Line mit 3